

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionspreis für den Jahrgang 1926 1200 Mark. Einmalige Anzeigen 10 Pf. pro Zeile. Wiederholungen 5 Pf. pro Zeile. Anzeigen für den Jahrgang 1926 1200 Mark. Einmalige Anzeigen 10 Pf. pro Zeile. Wiederholungen 5 Pf. pro Zeile.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1049

Nr. 132

Donnerstag, den 10. Juni 1926

21. Jahrgang

Der Völkerbundsrat in Genf.

Brasilien will auscheiden. — Entmilitarisierung des Saargebietes.

Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, kündigt „El Globo“ den Austritt Brasiliens aus dem Völkerbunde an. Die offizielle Notifikation in Genf werde baldigst erfolgen.

Der Vertreter Brasiliens ist zu der augenblicklichen Ratstagung in Genf „krankheitshalber“ nicht mehr erschienen.

Die Verstimung Brasiliens entspringt aus der Verweigerung eines ständigen Mitglieds. Durch sein Verhalten lief Brasilien auch bereits im September Gefahr, von seinem Mitgliedsrecht herabgewählt und durch das jetzt nach Genf zurückkehrende Argentinien ersetzt zu werden. Es tritt jetzt einen demonstrativen Rückzug aus einer peinlichen Situation an, in die es sich selbst hineingedrückt hat.

Mit Deutschland und dem deutschen Ratstag hat die Demonstration nichts zu tun, das haben Brasiliens Vertreter nun wiederholt erklärt.

Für den Völkerbund bedeutet der Austritt einer Macht stets eine große Krise. Sie wird noch verstärkt durch das wahrscheinliche „Desinteressement“ Spaniens, das sich, ähnlich wie bisher Argentinien, von Genf abentfernen zu wollen scheint. Auch diese Krise hat mit Deutschland nichts zu tun. Sie dreht sich um die innere Autorität des Völkerbundes, der den Kampf auskämpfen muß. Er kann durch die Rückkehr Argentinien, durch den Beitritt Deutschlands und der Türkei ein genügendes Äquivalent für diese Verluste finden.

Der Austritt Brasiliens kann übrigens nur mit zweifeltüchtiger Kündigung erfolgen, auch wenn Brasilien diese zwei Jahre nicht mehr in Genf erscheint.

Spanien und der Völkerbundsrat.

Madrid, 7. Juni. Von einem Vertreter der Agentur Fabra nach der Haltung Spaniens im Völkerbundsrat, dessen Zusammenkunft gleichzeitig mit der Reise des spanischen Botschafters Quinones de Leon nach Madrid erfolgte, erklärte der Minister des Außenwesens Danguas: Die Reise unseres Botschafters in Paris nach Madrid ist auf einen Wunsch der Regierung zurückzuführen, mit ihm internationale Fragen zu erörtern, die Spanien betreffen und mit dem Völkerbund nicht im Zusammenhang stehen.

Hinsichtlich der Haltung Spaniens gegenüber den Beratungen des Völkerbundsrates in Genf führte der Minister weiter aus: Während der Tagung des Ausschusses, der im Mai die Frage einer Reform des Völkerbundsrates zu prüfen hatte, stellte es sich ungewissheit heraus, daß die allgemeine Meinung, die auf der Tagung im März, von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, einer Zulassung Spaniens als ständiges Mitglied günstig gesinnt war, sich geändert hatte. Trotz der gewissenhaften Ausführungen unseres Vertreters Palacios neigte man im Völkerbundsrat der Auffassung Lord Robert Cecil zu, die den Wünschen Spaniens entgegen war. Wir hatten daher kein Interesse mehr, an der gegenwärtigen Tagung in Genf teilzunehmen. Da außerdem weder Artikel 5 des Völkerbundespaktes noch die Satzung des Völkerbundsrates ein Funktionieren dieses Organes von der Anwesenheit sämtlicher Mitglieder abhängig machen, so war die spanische Regierung der Ansicht, daß ihre Anwesenheit auf der gegenwärtigen Tagung nicht notwendig sei. Es genügte aber, daß einige Ratsmitglieder die Befürchtung ausdrückten, daß die Abwesenheit Spaniens eine sachungsmäßige Tagung des Völkerbundsrates verhindern könnte, um uns zu veranlassen, abermals einen Beweis für

unsere unerschütterliche Loyalität gegenüber dem Völkerbund zu liefern. Die Regierung beschloß daher, daß unser Geschäftsträger in Bern Lauer uns in Abwesenheit von Quinones de Leon auf der Tagung vertreten soll, um jede Schwierigkeit aus dem Wege zu räumen. Dies sollte auch ein Akt der Courtoisie sein gegenüber allen Mitgliedern, um der lebenswichtigen Aufforderung Großbritanniens und Frankreichs zu entsprechen. Die Haltung der spanischen Regierung wie auch diejenige der öffentlichen Meinung des Landes, die übrigens einer tiefen Ueberzeugung und gründlichen Erwägungen entspringt, bleibt die gleiche. Wir haben indessen in unserer Korrektheit bis zum Äußersten gehen wollen. Solange diejenigen, in deren Macht eine vermittelnde Lösung liegt, nicht ihr letztes Wort gesagt haben, sind auch wir nicht gewillt, unser letztes Wort über die künftige Haltung Spaniens zu sagen.

Genf, 8. Juni. Beim Völkerbundsrat sind drei Denkschriften der Regierungskommission des Saargebietes über die endgültige Abberufung des französischen Militärs aus dem Saargebiet eingetroffen.

Die erste ist von einem französischen, belgischen und tschechischen Mitglied der Saargebietskommission verfaßt. In ihr wird darauf hingewiesen, daß zum Schutze der Eisenbahnlinien im Saargebiet unbedingt die Anwesenheit zweier französischer Bataillone erforderlich sei.

Die zweite Denkschrift, die von dem Vorsitzenden der Saargebietskommission, dem Kanadier Stephens, stammt, erklärt, es liege keine rechtliche Begründung für ein weiteres Verbleiben der französischen Truppen im Saargebiet vor. Sollte jedoch der Völkerbundsrat die Anwesenheit von französischen Truppen zum Schutze der Bahnlinien für erforderlich erachten, so würde die Unterbringung französischer Bataillone in den französischen Grenzgebieten vollständig genügen.

Die dritte Denkschrift rührt von dem saarländischen Regierungsmittglied Cosmans her. In ihr wird betont, daß die Anwesenheit der französischen Truppen ausschließlich zum Schutze der Bahn im Falle eines Generalstreiks gedacht sei. Man habe jedoch aus den Erfahrungen in Großbritannien und Deutschland während der Generalstreiks gelernt, daß ein militärischer Schutz der Eisenbahnlinien während eines solchen Streiks überhaupt nicht in Frage komme.

Man nimmt an, daß die Saargebietfrage vom Rat am Donnerstag verhandelt wird. In Kreisen der Saargebietdelegation, die unter Führung des Geheimrats Köchling hier eingetroffen ist, sieht man der Entscheidung mit großer Zubersticht entgegen.

Die Mandatskommission des Völkerbundes über Syrien und den Irak.

Genf, 8. Juni. Die Mandatskommission des Völkerbundes, die heute zu ihrer neunten Tagung zusammengetreten ist, hat auf Grund von Anträgen Frankreichs und Englands beschlossen, die Prüfung der Berichte über die Mandatsgebiete Syrien und Irak auf ihre nächste Tagung im Oktober d. J. zu verschieben.

Der französische Oberkommissar in Syrien de Jouvenel wird im Laufe der gegenwärtigen Tagung vor dem Ausschuss über die Lage in Syrien mündlich Bericht erstatten.

98 Millionen Mark hintertriebene Steuern beigetrieben.

7,6 Millionen Mark Geldstrafen.
Berlin, 8. Juni. Dem Reichstag liegt eine Uebersicht über das Ergebnis der von den Finanzämtern im Jahre 1925 im Reich vorgenommenen Buchprüfungen vor. Darnach sind insgesamt 79 725 Fälle untersucht worden. Es wurden 98 Millionen Mark Steuern mehr festgesetzt und 7,6 Millionen Mark Geldstrafen verhängt.

Lubendorff läßt sich scheiden.

Wie der „Montagspost“ aus München gemeldet wird, hat General Lubendorff gegen seine Frau die Ehescheidungsfrage eingereicht. Am Freitag sollte über die Klage vor dem Münchner Gericht verhandelt werden. Dazu kam es aber nicht und es wurde ein neuer Termin anberaumt.

Geschäftsabschluss der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Berlin, 8. Juni. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft legt jetzt ihren ersten nach kaufmännischen Grundsätzen aufgestellten Jahresabschluss für ihr erstes vom 1. 10. 1924 bis 31. 12. 1925 reichendes Geschäftsjahr vor. Der Betriebsabschluss weist an Gesamteinnahmen 5,688 Milliarden RM und an Gesamtausgaben 4,8 Milliarden RM und zwar hiervon 3 Milliarden RM persönliche und 1,8 Milliarden RM auf. Für ausreichende Unterhaltung der Bahnanlagen, für Erneuerung und Anlagewachst sind 998 Millionen RM verausgabt. Hiernach ergibt sich ein Betriebsüberschuss von 818,7 Millionen RM, von dem 899,8 Millionen RM für den Zinsdienst der Reparationsausgaben, 113,3 als Zuweisung zur gesetzlichen Ausgleichsreserve und 150 als Rückstellung für Betriebsrechtsschreibung und Verlustguthaben verwendet werden, so daß sich ein Reingewinn von 156 Millionen RM ergibt. Aus diesem erhalten die Vorgangsaktien 7 Prozent mit rund 8 Millionen und auf neue Rechnung werden 156 Millionen RM vorgetragen. Nur durch starke Krosselung aller sachlichen Ausgaben, die nicht zur Erhaltung der Betriebsfähigkeit dienen, konnte, wie seitens der Verwaltung im Geschäftsbericht ausgeführt wird, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben gewahrt werden. Das Unternehmen hofft, daß noch im Laufe des Geschäftsjahres 1926 eine Besserung eintreten wird, so daß weitere Maßnahmen außer den bisherigen Einschränkungen der Ausgaben nicht nötig werden. Die finanzielle Belastung durch persönliche Ausgaben belief sich auf ein Mehr gegenüber dem Anfang des Geschäftsjahres von über 270 Millionen RM. Soweit der Personalabbau durch die Krieges- und Nachkriegsverhältnisse hervorgerufen war, kann er in fast allen Bezirken mit Ausnahme der Werkstätten als abgeschlossen gelten. Am Ende des Geschäftsjahres hat die Bahn rund 60 Prozent aller Gütermengen zu Usunahmetarifen befördert gegenüber 52 Prozent zu Beginn des Geschäftsjahres. Als Hauptfuge der Deutschen Reichsbahn wird die Abwendung aller Gefahren für den deutschen Charakter der Bahn und die Erfüllung der ihr durch das Gesetz auferlegten finanziellen Verpflichtungen bezeichnet.

Die neunte internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 8. Juni. In der heutigen ersten Sitzung der neunten internationalen Arbeitskonferenz kam es bei der von den Rednern verlangten Aussprache über die Frage, ob die vom Arbeitsamt vorgelegten Berichte und Konventionenentwürfe zur internationalen Regelung der Feuerverträge der Seelente als Grundlage für die Verhandlungen der Konferenz dienen könnten, zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Die Vertreter der Unternehmer, insbesondere die Redner, verneinten die Frage entschieden und kritisierten die Vorarbeiten des Arbeitsamtes als Ueberschreitung der ihm von der Genueser Konferenz vom Jahre 1921 übertragenen Aufgaben. Die Arbeitervertreter wandten sich gegen diese Auffassung und wiesen des weiteren die Forderungen der Redner, die vom Arbeitsamt vorgeschlagenen Konventionen über die Feuerverträge, die Arbeitsaufsicht an Bord, die Disziplin- und Strafmaßnahmen in eine einzige Konvention umzuwandeln mit der Erklärung zurück, daß sie eine allgemeine Konvention niemals annehmen würden, wenn nicht gleichzeitig

die Frage des Achtstundentages und die Lohnfrage für die Seelente

international geregelt werde, was bekanntlich ihrer Forderung nach spätestens durch die Arbeitskonferenz des nächsten Jahres geschehen soll. Albert Thomas wies die gegen das Arbeitsamt erhobenen Vorwürfe zurück und betonte, daß keine einzige Regierung bei der Verantwortung des Fragebogens die Vorarbeiten der Arbeitskonferenz kritisiert habe. Die Regierungvertreter stellten sich auf dem Standpunkt, daß die Entwürfe des Arbeitsamtes als Verhandlungsgrundlage dienen könnten, wenn sie sich — was besonders die Vertreter Deutschlands und Englands betonten — mit ihnen auch nicht identifizieren könnten, da sie in manchen Punkten über die Beschlüsse der Arbeitskonferenz von Genua hinausgehen. Mit 70 gegen 24 Stimmen wurde beschlossen, die drei Konventionenentwürfe als Grundlage für die Verhandlungen anzunehmen. Zur Einzelberatung wurden drei Ausschüsse eingesetzt.

Hindenburg beim Reichwehramuffest.

Berlin, 8. Juni. Zum Besten der Nothilfe der Reichswehr fand gestern abend im Stadion ein Massenkonzert der Vereinigten Musikkorps des Wehrkreises III unter Leitung des Armeemusikinspektors Prof. Oskar Gadenberger statt. Pünktlich um 8 Uhr erschien Reichspräsident von Hindenburg. Der Veranstaltung wohnten weiter bei der stellvertretende Reichswehrminister Dr. Kütz und Staatssekretär Eggelens Bewald.

Marx verspricht Hilfe für die Landwirtschaft.

Berlin, 9. Juni. Die Präsidenten des Landbundes Graf Kalkreuth und Hepp hatten, den Blättern zufolge, gestern eine längere Unterredung mit dem Reichsminister in Gegenwart des Reichslandwirtschaftsministers, in der sie Maßnahmen zur Hebung der Notlage der Landwirtschaft vorschlugen. Der Reichsminister sagte zu, wie die Blätter berichten, mit größter Beschleunigung das Notwendige in die Wege zu leiten.

6. 8. 1926
Handlung
Nr. 22 b.
Mittel-
Schiffen.
Horn!
hilfsene
Qual.
aumlige
ge, ge-
30 M.,
flaum-
6-M.
Nach-
auch
retour.
1/800.